

GR Markus HUBER

16.01.2025

Dringlicher Antrag

Betreff: Mobilitätsplan 2040 – bei derartig tiefgreifenden Einschnitten braucht es eine Volksabstimmung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Verkehrspolitik in Graz war in den letzten drei Jahren sehr ideologielastig. Anstatt sinnvolle Lösungen zu suchen und ein Miteinander im Verkehr zu finden, wurden die einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt. Dem Rad wurde alles untergeordnet. Fußgänger, ÖV oder gar der IV waren nicht mehr erwünscht.

Als Begleiterscheinung dieser Politik – die flankiert wurde durch das großflächige Streichen von Parkplätzen bei gleichzeitiger Erhöhung der dafür notwendigen Tarife – wurde die Erreichbarkeit von einzelnen Stadtgebieten, insbesondere der Innenstadt einerseits und die Mobilität vieler vulnerabler Gruppen (Seniorinnen und Senioren, Familien, Menschen mit Behinderung) massiv eingeschränkt.

Viele Grazerinnen und Grazer stehen täglich im Stau. Dieses Gefühl ist inzwischen allgegenwärtig, nicht nur durch die Omnipräsenz der steierischen Landeshauptstadt in regionalen und überregionalen Verkehrsinformationen verschiedener Radioanstalten, sondern belegt durch das Stauranking des Navi Herstellers TomTom. Sollte die Entwicklung auch im vierten Quartal so weitergegangen sein, könnte Graz im Jahr 2024 zur Stauhauptstadt von Österreich avisieren.

Kurz vor der Landtagswahl ist medial ein Papier aufgetaucht, das offenbar die Strategie für den Grazer Verkehr für das Jahr 2040 darstellen sollte. Medial kolportiert wurden weitere massive Einschnitte für viele Verkehrsteilnehmer und eine massive Verschärfung der bisher schon leidgeplagten Stausituation. Die Erreichbarkeit wie auch die Mobilität würde weiter massiv eingeschränkt werden.

Da es sich um einen gravierenden Eingriff in die Lebensrealität aller Grazerinnen und Grazer handelt und damit um eine wesentliche Zukunftsentscheidung für Graz, schlagen wir als Grazer Volkspartei vor, direkt die Grazerinnen und Grazer zu befragen, ob sie einen derartigen Plan auch für sinnvoll erachten oder ob sie weniger radikale Maßnahmen, die ein Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsteilnehmer ermöglichen, für sinnvoller erachten.

Beispielhaft für die Fehlentwicklungen der Kahr – Schwentner Koalition sei etwa die Lösung für den Opernring genannt. Durch die massive Verbreiterung des vorgesehenen

Radweges, musste auf die sinnvolle Busspur verzichtet werden. Hier wurde eindeutig das Rad dem Ausbau des ÖV vorgezogen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie eine Volksabstimmung gemäß dem steirischen Volksrechtegesetz zum Mobilitätsplan 2040 durchgeführt werden kann.